

FREITAG, 04. NOVEMBER 2016  
POLITIK

## Abhitlern im Skigebiet

Warum deutsche Neonazi-Bands ihre Konzerte immer öfter in der Schweiz veranstalten / Von Anna-Lena Ripperger

FRANKFURT, 3. November. Die Sankt Galler Tourismus-Information wirbt in einer Broschüre mit blumigen Worten für ihre Region. „Entdecken Sie malerische Dörfer, die von Natur und Geschichte verwöhnt wurden“, heißt es dort. Zwei Dörfer des Schweizer Kantons sind vor kurzem aber nicht unbedingt durch touristische Reize aufgefallen – sondern durch Berichte über Neonazi-Konzerte. Am 15. Oktober zum Beispiel trafen sich in einem kleinen Ortsteil namens Unterwasser im Skigebiet Toggenburg mehr als 5000 Menschen zu einem Rechtsrock-Konzert. Es war laut Medienberichten die seit Jahren größte Veranstaltung dieser Art in Zentraleuropa. Auf der Bühne standen bekannte rechtsextreme Bands aus Deutschland und der Schweiz, etwa „Confident of Victory“, „Frontalkraft“ und „Excess“ aus Brandenburg, außerdem „Stahlgewitter“ aus Niedersachsen und die Schweizer Gruppe „Amok“. Von der Antifa Bern veröffentlichte Fotos aus der Halle sollen belegen: Zur rechtsextremen Musik wurde auch der Hitlergruß gezeigt. Die Polizei griff nicht ein.

Ähnlich war es am 22. Oktober in Kaltbrunn. Die Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) hatte auf ihrer Facebook-Seite einen „Balladenabend“ mit dem Sänger der deutschen Rechtsrockband „Flak“ angekündigt. Der Sänger der Band, Philipp N., wird von der Staatsanwaltschaft Koblenz verdächtigt, Teil des sogenannten Aktionsbüros Mittelrhein in Bad Neuenahr-Ahrweiler gewesen sein. Gegen 26 mutmaßliche Unterstützer dieses überregionalen Treffpunkts für Rechtsextreme läuft seit August 2012 vor dem Landgericht Koblenz ein Prozess wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung.

Zuerst hatte es in Medienberichten geheißt, N. sei in Kaltbrunn gar nicht aufgetreten, weil gegen ihn eine Einreisesperre verhängt worden war. Tatsächlich aber hatte die Kantonspolizei Sankt Gallen ihn erst nach seinem Auftritt über das Einreiseverbot informiert und zur Grenze eskortiert. Ein Sprecher der Kantonspolizei sagte dieser Zeitung: „Die Durchsetzung des Einreiseverbots hätte optimaler laufen können.“ Die Polizei habe aber sowohl in Unterwasser als auch in Kaltbrunn ihren wichtigsten Auftrag erfüllt: Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu schützen.

Tatsächlich waren beide Veranstaltungen ruhig verlaufen. Trotzdem wurde die Kantonspolizei in Schweizer Medien heftig für ihr Vorgehen kritisiert. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) forderte sogar den Rücktritt des verantwortlichen Polizeikommandanten, wegen der „ungenügenden“ Arbeit und Kommunikation der Kantonspolizei.

Nach dem Konzert hatte die Kantonspolizei sogar die vorbildliche Organisation des Neonazi-Konzerts gelobt. Auf mustergültige Weise habe der Veranstalter für einen geordneten Ablauf gesorgt, inklusive Fahrzeugeinweisung und Müllentsorgung. „Diese Erklärungen der Polizei könnte man fast peinlich nennen, wenn das nicht so eine schlimme Sache wäre“, sagte Ronnie Bernheim, Präsident der Schweizer Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA), dieser Zeitung. Die Sankt Galler Polizei ist anderer Meinung und verteidigt ihr Vorgehen: „Wir sind der Meinung, dass wir da einen guten Job gemacht haben“, sagte der

Polizeisprecher. Alles andere sei Polemik. Man habe in Unterwasser gewalttätige Ausschreitungen verhindern wollen; das sei auch gelungen. Beim Eintreffen der Beamten seien bereits mehr als tausend Konzertbesucher in Unterwasser gewesen. „Da müssen wir nicht diskutieren, welchen Sinn es macht, die Veranstaltung aufzulösen.“

Das bestreitet auch Bernheim nicht. Aber er versteht nicht, warum die Polizei während des Konzerts keine Beweise gesammelt hat, etwa mit Videoaufzeichnungen. Es gebe einen begründeten Verdacht, dass während der Veranstaltung die Schweizer Rassismustrafnorm verletzt worden sei, sagte Bernheim. „Wir kennen die rechten Bands, ihre Lieder und das sogenannte ‚Abhitlern‘ mit gestrecktem Arm.“ Wenn dann Tausende Rechtsextreme zu einem Konzert kommen, sei klar, „dass das keine Kinderparty ist“. Die Stiftung hat bei der Staatsanwaltschaft Sankt Gallen Anzeige erstattet, gegen den Veranstalter des Konzerts und gegen die fünf Bands, die auf der Bühne standen: „Wir wollen deutlich darauf hinweisen, dass die Schweiz kein rechtsfreier Raum ist – auch wenn hier im Ausland Verbotenes möglich ist“, sagte Bernheim.

Anders als in Deutschland sind in der Schweiz rechtsextreme Symbole wie Hakenkreuze oder SS-Embleme nicht verboten. „Dass man in der Schweiz weniger sensibilisiert ist für Rechtsextremismus, hat sicher auch mit der Schweizer Geschichte zu tun, die eben keine Nazidiktatur erlebt hat“, sagte Bernheim. Das spiegele sich auch in der Schweizer Gesetzgebung wider. Was nicht verboten sei, mit dem müsse man leben können, so der liberale Grundgedanke.

Solche Prinzipien machen es wiederum schwer, Veranstaltungen präventiv zu verbieten, wenn sie – wie in Unterwasser – die formalen Voraussetzungen erfüllen. „In der Schweiz werden bisher nicht oft die Gesetze angewendet“, etwa werde vor der Veranstaltung nicht mit einem erwarteten Verstoß gegen die öffentliche Sicherheit oder Überbesetzung eines Lokals argumentiert, sagt Bernheim.

In Deutschland argumentieren Behördenvertreter oft mit Brandschutzfragen oder einer fehlenden Schankerlaubnis. „In Bayern bemühen wir uns, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um Neonazi-Konzerte zu verhindern“, sagte Markus Schäfer, Pressesprecher des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, dieser Zeitung. Dafür gebe es eine enge Abstimmung zwischen kommunalen Behörden, der Polizei und dem Verfassungsschutz. Gemeinsam überlege man, wie ein Konzert verhindert werden könne.

An den Pranger stellen möchte Schäfer die Schweiz wegen ihres Vorgehens in Unterwasser nicht. Zum einen seien die deutschen Gesetze bei extremistischen Organisationen einmalig streng, zum anderen sei es sehr schwierig, ein Konzert mit mehr als 5000 Teilnehmern aufzulösen, bei denen auch Adrenalin und Alkohol im Spiel seien. „Da darf man personell nicht auf Kante genäht sein“, so Schäfer.

In der Schweiz ist das ein Problem. „Von Hundertschaften, wie sie vielleicht in Deutschland üblich sind, können wir hier nur träumen“, sagte der Sprecher der Schweizer Kantonspolizei. Jeder Kanton hat seine eigene, autonome Polizei – und die besteht in Sankt Gallen aus 550 uniformierten Beamten. Bei Bedarf kann eine Kantonspolizei die Unterstützung benachbarter Polizeikorps anrufen. Das tat die Sankt Galler Polizei vor dem 15. Oktober aber nicht. Und das, obwohl der Schweizer Nachrichtendienst (NDB) und wenig später auch die Kantonspolizei Sankt Gallen schon einige Tage vor dem Konzert in Unterwasser wussten, dass sich mehrere tausend Menschen aus dem rechtsextremen Milieu in Süddeutschland oder in der Schweiz zu einem Konzert treffen wollten. Nur Tag und Ort waren noch unklar.

„Dass diese Veranstaltung in der Ostschweiz stattfinden könnte, hat man wohl einfach nicht geglaubt“, sagte Bernheim. Ein rechtsextrêmes Konzert in dieser Größenordnung hatte es in der Schweiz bis dahin nicht gegeben. Als dann tatsächlich Tausende in den kleinen Ort Unterwasser kamen, seien die Kantonspolizei und die örtlichen Behörden schlicht überfordert gewesen, sagte Bernheim. Aus diesem Grund ist die Schweiz als Veranstaltungsort für rechtsextrême Konzerte so beliebt: Die zuständigen Behörden haben bisher wenig Routine im Umgang mit solchen Veranstaltungen. „Die Schweiz ist vielleicht kein Paradies für rechtsextrême Treffen, aber zumindest ein weißer Fleck“, sagte Bernheim.

Schäfer vom bayerischen Verfassungsschutz sieht das anders: „Es gibt in der Szene immer Ausweichbewegungen – innerhalb Deutschlands genauso wie ins benachbarte Ausland.“ Die rechtsextrême Musikszene reagiere sehr sensibel auf staatliche Maßnahmen, die Konzerte verhindern. Und sie preise negative Erfahrungen in die zukünftigen Planungen mit ein. Das Konzert in Unterwasser zeigt: Mit der Schweiz haben deutsche Neonazis bisher nicht allzu viele negative Erfahrungen gemacht.

Nach Recherchen der Schweizer „Sonntagszeitung“ soll Steffen R., ein Jugendfreund des mutmaßlichen NSU-Helfers Ralf Wohlleben, das Konzert in der Ostschweiz organisiert haben. Rechtlich verantwortlich soll der Deutsche Matthias M. sein, der die „Event- und Tennishalle Unterwasser“ angemietet hat. Der 29 Jahre alte Deutsche lebt demnach im Zürcher Oberland, betreibt im Kanton Sankt Gallen ein Tattoo-Studio und hat Kontakte zu rechtsextrêmen Kreisen. Dass Rechtsextrême aus Deutschland in der Schweizer Szene präsent sind, belegt auch der Lagebericht des Schweizer Nachrichtendienstes für 2016. Der Dienst beobachtet seit Jahren, dass Rechtsextrême aus Deutschland in die Schweiz umsiedeln.

Für die Schweiz als Veranstaltungsort für rechtsextrême Konzerte sprechen auch logistische Gründe. Das kleine Land ist aus vielen Richtungen gut zu erreichen; für EU-Bürger ist die Einreise unproblematisch. Dass die Verkehrsanbindung für die Ortswahl der rechtsextrêmen Musikszene wichtig ist, bestätigt auch der Sprecher des bayerischen Verfassungsschutzes. Ihm zufolge lassen sich in ländlichen Gemeinden wie Unterwasser oder Kaltbrunn leichter Vermieter für rechtsextrême Konzerte finden. „Viele Wirte und Vermieter geraten da eher zufällig hinein, weil sie nicht erkennen, mit wem sie es zu tun haben, wenn zum Beispiel eine Geburtstagsfeier angemeldet wird.“

Nach dem Konzert hatte die Gemeinde Unterwasser erklärt, sie sei von den mehr als 5000 Rechtsextrêmen „völlig überrumpelt“ gewesen. Die Veranstaltung sei als eine Veranstaltung mit Schweizer Nachwuchsbands angekündigt worden. Man habe mit maximal 600 bis 800 Besuchern gerechnet, sagte der Gemeindepräsident des Ortes, Rolf Züllig, dieser Zeitung. Den Organisatoren des Neonazi-Konzerts war es gelungen, der Gemeinde den tatsächlichen Anlass für das Anmieten der Halle bis zuletzt zu verschweigen – und scheinbar hatte auch niemand nachgefragt. „Das war schon sehr geschickt gemacht“, sagte Bernheim. Denn nicht nur die Gemeinde Unterwasser wusste nicht Bescheid; auch Nachrichtendienst und Polizei erfuhren erst am Nachmittag des 15. Oktober, an welchem Ort das Neonazi-Konzert stattfinden sollte. Dass mehr als 5000 Menschen aus dem rechtsextrêmen Spektrum die Grenze passierten, fiel Nachrichtendienst und Polizei offenbar nicht auf.

Die Vorkommnisse in Unterwasser und Kaltbrunn haben die Haltung der Schweizer Behörden mittlerweile verändert. Für den kommenden Samstag war im Raum Lausanne zum Beispiel ein Konzert der französischen Rechtsrockband „Frakass“ angekündigt. Am Mittwoch aber wurde die Veranstaltung vom Kanton Waadt verboten – wegen Risiken für die öffentliche Ordnung.